

Ostland-Berichte

Reihe B: Wirtschafts-Nachrichten.

Herausgegeben vom Ostland-Institut in Danzig

Inhalt:

Zur Förderung der Leinenproduktion in Polen.
 Zum bergsgewandigte Wirtschaftslage
 Zum polnischen Meeressprogramm.
 Entwicklung des Genossenschaftswesens in Weßpolen.

Zur Förderung der Leinenproduktion in Polen.

Bereits vor einigen Monaten konnten wir auf die Bemühungen in Polen, die Leinenproduktion mit allen zur möglichen Mitteln zu steigern, hinweisen (vergl. Nr. 21/1934 unserer Berichte). Die seitdem erschienenen Publikationen, Sitzungsberichte und erlassenen ministeriellen Verordnungen beweisen die intensive Arbeit, die von den diesbezüglichen Organisationen geleistet wurde, als insbesondere auch die weitgehende Förderung, die der Staat diesen Bestrebungen und Institutionen angedeihen läßt.

Von Interesse dürfte in dieser Hinsicht eine von der Leinengesellschaft in Wilna in der Sammlung der „Materialien zum Kennenlernen des Leinenproblems in Polen“ herausgegebene Arbeit über den „Auslandshandel mit Flachsensamen und unsere diesbezüglichen Forderungen“ sein. Verfaßt ist der Wilnaer Universitätsprofessor J. Jagmin, der bereits seit längerer Zeit auf diesem Gebiete arbeitet und sich um die Propagierung des Gedankens, der Umwandlung der landwirtschaftlichen Bevölkerung durch eine Leinen-Heimindustrie zu neuen, große Verdienste erworben hat.

Indem Professor Jagmin Polen hinsichtlich der Leinenerzeugung den anderen europäischen Produzenten gegenüberstellt, weist er gleichzeitig auf die der polnischen Arbeit und dem Anbau anstehenden Mängel hin, deren kardinale Beseitigung eine wesentliche Steigerung der Qualität und in der Folge eine Vermehrung, wenn nicht gar Verdreifachung der Leinenausfuhr zur Folge haben könnte. An Hand statistischer Zahlen für die Ausfuhr weist Verfasser auf die Schwierigkeiten hin, mit denen Polen in den Jahren 1928 bis 1932 infolge der dauernden Preisschwankungen (zwischen 80 £ und 22 £ je Tonne) auf dem Weltmarkt zu kämpfen hatte, denen sich außerdem die ständig wachsende Nachfrage des Auslandes nach polnischem Leinen hinzugesellte. Die hauptsächlichsten Abnehmer seien die Tschechoslowakei, das Deutsche Reich und Lettland gewesen, und durch Vermittlung hauptsächlich Lettlands auch nach England, Frankreich und Belgien.

Nach einem Überblick über die Produktion und den Umsatz an Leinen in den verschiedenen europäischen Ländern geht dann der Verfasser näher auf die mit Polen im Verkehr stehenden Staaten ein.

In Bezug auf die Tschechoslowakei, die bisher in größerem Umfang polnisches Leinen aufgenommen habe, sei die Ausfuhr noch dort einer gewissen Reglementierung unterworfen worden, so daß sich die fernere Entwicklung noch nicht recht absehen lässe. Dagegen komme das nach Polen eingeführte Leinengarn zu 50 % aus der Tschechoslowakei.

Belgien werde bisher noch nicht von Polen direkt versehen, sondern erhalte die Leinenabfabrikate durch lettische und deutsche Vermittlung. Auf dem belgischen Markte hätten in letzter Zeit die sowjetrussischen Leinenerzeugnisse in zunehmendem Maße alle übrigen ausländischen Importeure verdrängt. Polen müsse aber alles tun, um sich hier durchzusetzen, da die belgische Leinenindustrie mit ihren 400 000 Spindeln auch eine beachtliche Menge polnischer Erzeugnisse aufnehmen imstande wäre.

Hinsichtlich des allgemeinen Charakters der Leinenindustrie weise Frankreich für Polen bedeutend größere Absatzmöglichkeiten auf, weil die französische Produktion sich vor allem auf niedrigere und mittlere Garnnummern stütze, die ungefähr dem polnischen Garn entsprächen. Da in Frankreich 550 000 Spindeln laufen und mit Rücksicht auf den starken Rückgang des eigenen Leinenanbaues böten sich dorthin für Polen bedeutende Exportmöglichkeiten.

Der deutsche Markt erhalte ungefähr 10 % der gesamten polnischen Leinenausfuhr, doch sei er infolge der dort geltenden Zollbestimmungen für Polen weniger günstig. Wichtig sei hierbei lediglich der große deutsche Bedarf (300 000 Spindeln) und die für Polen günstigen Transportmöglichkeiten, da die deutsche Leinenindustrie recht nahe an der polnisch-deutschen Grenze liegt.

Dagegen verweise der größte europäische Flachsarbeiter — England — mit seinen 1 118 000 Spindeln nur in sehr geringem Umfang polnische Rohstoffe und Halbfabrikate und diese jedoch es nicht einmal direkt, sondern erst durch die lettische Vermittlung. Der Verfasser schlägt seine Arbeit mit dem Hinweis auf die Möglichkeiten, die hier für Polen offen ständen, wenn es gelänge, die polnische Leinenerzeugung zu organisieren und vor allem auch zu handhabieren.

Diesen Notwendigkeiten ist auch auf der Mitte November in Wilna unter Leitung des Grobwerkes des Wilnagesbietes — General Zeligowski — stattgefundenen Tagung der Leinengesellschaft in Wilna Ausdruck verliehen und in ministeriellen Verordnungen Rechnung getragen worden.

An der Tagung nahmen u. a. die Gattin des früheren Premierministers Professor, der frühere Landwirtschaftsminister und jetzige Rektor der Wilnaer Universität, W. Staniemiec, der erste Direktor der Zpracowmer Anstalten und Vertreter der verschiedenen landwirtschaftlichen Organisationen und Landwirtschaftskammern der östlichen Wojewodschaften teil. Dem Berichte des Vorsitzenden der Gesellschaft, aus dem die günstige Entwicklung der Leinenaktion während der Berichtszeit hervorgeht, ist weiterhin noch folgendes zu entnehmen.

„Auf dem Gebiete der Volksindustrie ist mit großer Umsicht und Erfolg die „Zentrale der Bazare für Volksindustrie“ tätig. Der Ankauf von ländlichen Webstoffen, die von den Bazaren im Gebiete der Wojewodschaften Wilna, Nowogródek, Białystok und Polesien durchgeföhrt wurde, erreichte im Jahre 1933—1934 die erstaunliche Höhe von 1 610 000 Meter. Diese ganze Leinenmenge ist in der Berichtszeit verkauft worden, wobei 70 % der Erzeugnisse von den Heeresstellen, dem Salzmonopol und den Eisenbahnsektionen abgenommen wurden, während man auf dem freien Markte 30 % der Leinenvorräte unterbrachte. Im vergangenen Jahre betrug der Verkauf auf dem freien Markte nicht ganz 20 % der von den Bazaren aufkauften Menge.“

Das brennende Problem der Regulierung des Leinenmarktes wurde normiert durch die Verordnung des Industrie- und Handels- sowie des Landwirtschaftsministers vom 30. August d. Js. über die Schaffung einer Standardisierungs-kommission für Flachs und Hanf mit dem Sitz in Wilna.

Trotz der dauernden Erfolge der Leinenaktion trifft diese fortwährend auf Hindernisse, die ihr von Seiten der Vertreter der Großindustrie entgegengestellt werden, da diese den stetig-reichen Vormarsch des Leinens durch Disqualifizierung der

Leinenerzeugnisse im Interesse der eigenen Industrie aufzuhalten versuchen. Die Juteindustrie hat in letzter Zeit eine energische Aktion gegen die zunehmende Verwendung von Leinensäcken zur Zuckerverpackung und zum Zwecke der Neueinführung von Juteböden für die Salzverpackung unternommen, obgleich das Salzmonopol den 100-prozentigen Gebrauch von Leinensäcken, die infolge der Mannigfaltigkeit ihrer Verwendungsfähigkeit das billigste Packmittel sind, beschlossen hat.

Ein anderes Objekt dauernder Besorgnis ist der Kampf um die Erhaltung des landwirtschaftlichen Studiums an der Stefan-Batory-Universität in Wilna, dessen Bedeutung für die Leinenaktion nicht mit der Vorbereitung und Schulung der zukünftigen Kämpfer in der Leinenfront endet. Das landwirtschaftliche Studium in Wilna muß aufrecht erhalten bleiben, das sich von Jahr zu Jahr vertiefende Problem der Beschaffung von Textilstoffen und die Bedeutung, die dabei den nördlichen Gebieten hinsichtlich ihrer Beschaffungsmöglichkeit, Absatz und Verarbeitung zufallen wird, das Studium vor die Aufgabe einer wissenschaftlichen Untersuchung dieses Fragenreichtums stellt, der außer seiner lokalen Bedeutung auch noch weittragende allgemeinstaatliche Bedeutung hat.

In diesen Sinne sei in der Versammlung ein Beschluß gefaßt worden, daß 1. das landwirtschaftliche Studium in Wilna ein nicht zu erfordernder Faktor des Leinenprogramms sei, und daß 2. die Aufrechterhaltung des landwirtschaftlichen Studiums in Wilna im Interesse von Millionen Kleinbauern liege, die an der Leinenzeugung und dessen Absatz weitgehend interessiert seien.

Die große Bedeutung, die die immer wieder geforderte Standardisierung der polnischen Flachsarten habe, gehe daraus hervor, daß bisher in der Regel die Flachsplantatoren die langen Fasern in der Form des gebedelten Flaches auf den Markt brachten. Dieser werde von den kleinen Kaufleuten und Händlern aufgekauft, die ihn, bevor sie ihn an Spinnereien oder an die Exportfirmen weiter veräußerten, kammten und sortierten.

„Die Sortierung des geklopften Flaches geschieht im Handel nach subjektiven Methoden auf Grund rein äußerlicher Eigenschaften der Flachsfasern, die je nach dem Jahre und der Gegend veränderlich sind. Die Gattungen, die aus den verschiedenen Gegenden stammen und im Handel mit den gleichen Zeichen kenntlich gemacht sind, entsprechen dennoch einander nicht. Unabhängig davon führen die einzelnen Firmen noch ihre eigenen Fachbezeichnungen ein. Es ist klar, daß das auf dem Leinenmarkt ein Chaos hervorrufen mußte, was zur Folge hatte, daß unser Leinen nicht den Ruf einer sicheren und einheitlichen Ware genießt. Wenn unser Flachs bisher auf den ausländischen Märkten gar nicht oder nur zu sehr niedrigen Preisen notiert wurde, so ist sicher der Hauptgrund dafür die mangelnde Standardisierung.“

Es liege daher im Interesse der inländischen Leinenindustrie, eine entsprechend gefärberte und nach Arten geordnete Flachsfasern zu erhalten. Denn die mangelnde gattungsmäßige Qualifizierung bringe sowohl für den Verkäufer als auch für den Abnehmer ein bedeutendes Risiko in sich. Schließlich habe auch der Flachsampfler keinen genügenden Ansporn, möglichst hochwertiges Fasern auf den Markt zu bringen, da er nicht genau wisse, in welchem Zustande der Verkauf für ihn am lohnendsten sei. Er sei dadurch weitgehend dem Käufer ausgeliefert.

Nach der Einführung der Standardisierung werde die Feststellung der Faserhaltungen auf Grund der Untersuchung der gebedelten Flachsfasern mit besonderen Maschinen unter solcher Leistung erfolgen. Die ersten mechanischen Werkstätten dieser Art sind bereits im letzten Jahre in Bezdany in Betrieb genommen worden. Außerdem würden noch an verschiedenen Punkten des Landes auf bestimmte Nummern standardisierte Flachsstämme erstellt werden, wodurch man die Möglichkeit haben werde, auf Grund des Durchkammens die engensortierte Faserhaltung festzustellen.

Unter Anerkennung der Dringlichkeit eines Vorgehens in dieser Richtung, wenn in Zukunft eine getreue Arbeit geleistet werden solle, sei durch das Wirtschaftskomitee des Ministerrates, dem Industrie- und Handels- sowie dem Landwirtschaftsminister nahe gelegt worden, für die baldige Festsetzung der Standardisierungsnormen Sorge zu tragen.

„Auf Grund dieses Beschlusses wurde im Februar ds. Js. ein Organisationskomitee für die Standardisierungsangelegenheiten von Flachs und Hanf in Wilna ins Leben gerufen, dessen Aufgabe es ist, die Standardisierungsnormen für polnischen Flachs und Hanf zu bearbeiten und konkrete Vorschläge in Bezug auf Form und Organisation der Arbeit auf diesem Gebiete zu unterbreiten. Nach einigen Monaten sind die Vorarbeiten des Ausschusses beendet und das Problem der Standardisierung der Flachs- und Hanffaser allseitig und gründlich beleuchtet worden. Diese Arbeiten ermöglichten die bereits erwähnte ministerielle Verordnung vom 30. August ds. Js.

Zum Tätigkeitsbereich der Kommission gehört: die Bestimmung allgemeiner Richtlinien für die Standardisierung der Flachs- und Hanffasern; die Ausarbeitung genauer jährlicher Arbeitspläne auf diesem Gebiete und ihre Durchführung; Vorbereitung von Anträgen aus eigener Initiative oder auf Vorschlag der Regierungsstellen sowie die Abgabe von Gutachten in Fragen der Standardisierung.“

Vorsitzender dieser Kommission sei ein Vertreter des Industrie- und Handelsministeriums, Stellvertreter des Verbands — ein Vertreter des Landwirtschafts- und Agrarreformministeriums. Außerdem gehörte zu dieser Kommission noch folgende Vertreter: der Anbitter- und Handelskammer, der Landwirtschaftskammern, der Spinnereindustrie, des Handels mit inländischen Pflanzenfasern und der sonstigen verschiedenen landwirtschaftlichen Organisationen. Die Kommission werde mit ihrer Tätigkeit zwar ganz Polen erfassen, doch werden ihr Hauptarbeitsgebiet die nordöstlichen und südlichen Wojewodschaften, als die größten Flachs- und Hanfanbau- und -verarbeitungsgebiete sein.

Anfang November hat die Kommission ihre Tätigkeit aufgenommen und ein Ausführungskomitee geschaffen. Es sei beschlossen worden, in diesem Jahre die Standardisierungsarbeiten lediglich in Bezug auf die Flachsfasern zu führen. Das Arbeitsprogramm der Kommission für die nächste Zeit sehe u. a. den Ankauf von Proben geklopften Flaches an 15 verschiedenen Orten des nördlichen und 7 Orten des südlichen Gebietes vor. Diese Arbeit werde von einer besonders für diesen Zweck geschaffenen Auswahlkommission gemacht werden.

„Dies wird in der Form geschehen, daß die Kommission in die verschiedenen Gebiete reist und dort von den verschiedenen Flachsverkaufsstellen Probenahmen mitnimmt. Dann werden diese Ballen nach den Flachsverarbeitungsstätten in Bezdany gebracht, dort einem Probekommen unterzogen, und der Ertrag aus diesem Können wird für die einzelnen Ballen als Standardisierungsgrundlage der gegenwärtigen Saison angenommen.“

Auf Grund der so festgesetzten Leinentypen wird an den Verkaufsorten von Leinen eine Sortierung des Garnes durch Vertreter des Verbandes für Leinenhandel und -export in Wilna vorgenommen werden. Die dabei ausgestellten Bescheinigungen über die Übereinstimmung der Ware mit dem Standardmuster aus Bezdany werden die notwendige Voraussetzung für den Empfang von Ausfuhrzertifikaten sein, die ein Anrecht auf Ausfuhrprämien geben.

Da sich die inländischen Spinnereien verpflichtet haben, kein Leinengarn ohne die genannten Bescheinigungen zu verkaufen, so betrifft diese Verordnung jetzt nicht mehr allein die Ausfuhrwaren, sondern auch den Inlandsmarkt.

Auf diese Art und Weise wird von Wilna aus jetzt das Gebiet der vier nordöstlichen und ein Teil der Lubliner Wojewodschaft (entlang der Eisenbahnliesen Siedlce—Lukow) organisiert. Das Gebiet der verbleibenden Leinenbezirke in Polen wird unabhängig von Wilna in ähnlicher Weise organisiert werden. In der gegenwärtigen Saison wird die Standardisierung lediglich das Leinengarn umfassen.“

Außer diesen Maßnahmen mehr privater Natur verliert auch das Landwirtschafts- und Agrarreformministerium, nach den Flachsarten mitgehend zu fördern. So hat es die Beförderung der Landwirte mit hochwertigem Saatgut der verschiedenen Flachsarten zu ermöglichen. Preisen veranlaßt, um so durch Rüstkäufleuten den allgemeinen Flachsankauf zu propagieren.

„Im Frühling dieses Jahres sind besonders die folgenden Wojewodschaften berücksichtigt worden: Krakau, Lemberg,

Lublin, und Kielce. Die Aktion steht mit der Absicht, in den genannten Gebieten ein bedeutendes Produktionszentrum von Leinen zu schaffen, sowie mit der Inbetriebnahme von Spinnereien und Webereien in Krosno (— über die mit in Nr. 21/1934 unserer Berichte berichtet), im Zusammenhang.

Für diese Woiwodschaften sind 320 dz Qualitätssaatgut, das aus dem Norden kommt, von insgesamt zur Verteilung gelangten 400 dz bestimmt worden. Diese Aktion hat, wie auch im vergangenen Jahre, die Leihengesellschaft in Wilna durchgeführt, der vom Ministerium zu diesem Zwecke eine entsprechende Unterstützung erteilt wurde. Von diesem Zuschuß sind die Hälfte des Kaufpreises des Saatgutes und die gesamten Transportkosten bezahlt worden.

Nach den eingegangenen Berichten aus den Woiwodschaften, auf die sich diese Aktion erstreckt hat, entwickelt sich der nördliche Flachland in diesem Jahre bedeutend besser als der einheimische und erreichte in einzelnen Gegenden eine Höhe bis zu 1,20 m, wobei er noch den Vorzug hatte, daß er sich nicht verzweigte. Die einheimischen Pflanzen waren im allgemeinen viel kleiner, was wohl mehr Samen aber schlechtere Fasern zur Folge hatte.

Ein in einzelnen Gegenden beobachteter Nachteil des nördlichen Flachses war dagegen, daß dieser stärker unter der Verwitterung der Erdoberfläche zu leiden hatte als die heimischen Flachsorten, . . .

Im Zusammenhang mit den jüngsten Ergebnissen der besprochenen Aktion soll diese im nächsten Jahr fortgesetzt werden, unter besonderer Berücksichtigung der durch die Hochwasserkatastrophe betroffenen Gebiete. Zu diesem Zweck hat das Ministerium für Landwirtschaft und Agrarreform der Leihengesellschaft eine Unterstützungssumme ausgesetzt, um für die nächste Aussaat den Ankauf der notwendigen Saatmenge und deren rechtzeitige Verteilung zu ermöglichen.“

Zur Verteilung würden dabei infolge des guten Ausfalls der letzten Ernte in einzelnen Gegenden einheimische Samenarten gelangen, die aus Betrieben stammen, welche unter Aufsicht der Leihengesellschaft stehen und im Gebiete der Woiwodschaften Wilna und Nowogrödek liegen. Die Aktion des nächsten Jahres würde dabei unter gleichen Bedingungen geführt werden wie in den vorhergehenden Jahren.

Als letzte Maßnahme der Regierung in dieser Richtung wäre schließlich die unter dem 25. Oktober d. J. erlassene Verordnung „Ausfuhr von Flach- und Leinwandgeweben“ zu erwähnen. Danach werden bei der Ausfuhr der genannten Produkte, die im polnischen Zollgebiet hergestellt wurden, eine Zollrückerstattung für die aus dem Auslande eingeführten und zur Erzeugung der genannten Waren dienenden Werkzeuge und Maschinen gewährt. Die Rückerstattungssätze schwanken je nach der Güte des geköpften und gekämmten Flachses zwischen 5 und 10 Zloty je 100 kg.

[„Polska Gospodarka“ Heft 48 vom 1. 12. 1934; „Codz. Gazeta Handlowa“ vom 15., 17., 24. und 30. 10. 1934; „Kurier Wileński“ vom 21. 11. 1934; „Stow“, Wilna vom 24. 10. 1934; „Dziennik Ustaw R. P.“ (Gesetzblatt) Nr. 96 vom 30. 10. 1934.]

Bromberg gegenwärtige Wirtschaftslage.

Die „Codz. Gazeta Handlowa“ vom 13. November ds. J. widmet einen besonderen Teil des Blattes der Betrachtung der „Wirtschaftslage der Stadt Bromberg im Querschnitt der Gegenwart.“ Die Darstellung des Wirtschaftslebens des so wichtigen Zentrums der Westgebiete soll die allgemeine und insbesondere die Aufmerksamkeits der zukünftigen staatlichen Stellen auf die Bedürfnisse Brombergs und damit der polnischen Industrie und des Handels lenken. Denn schon eine recht geringe Unterfertigung könnte eine Erhaltung des bisherigen Standes und sogar eine Fortentwicklung gewährleisten.

In diesem „Querschnitt“ kommen die wichtigsten Persönlichkeiten des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens zu Wort, von denen besonders die Ausführungen des Stadtpräsidenten Parcijewski an späterer Stelle eingehender behandelt werden sollen.

Nachfolgend sei die Einführung dieser Artikelserie wiedergegeben:

„Bromberg — d. i. nach Posen die größte Industriestadt des nordwestlichen Polens. Die Lage an der Brahe in einem strategisch wichtigen Punkte zwischen Brahe und Netze hat die Aufmerksamkeit der preussischen Behörden auf sich gelenkt, die bemüht waren, aus der Stadt einen wichtigen wirtschaftlichen und kulturellen Mittelpunkt zu machen. Seit dem Ausbau des Brahe und Netze verbindenden Kanals ging die Entwicklung der Stadt in der Vorkriegszeit rasch aufwärts; es entstehen im Rahmen des Stadtgebietes eine Reihe von Fabriken und Sägewerken, es konzentriert sich hier eine spezielle Holzindustrie, die das Material als Roh- oder Halbfabrikat durch den Kanal nach dem Netze verschickte und so der deutschen Industrie das Material zur weiteren Verarbeitung lieferte.“

Die Stadt hatte bis zum Ausbruch des Weltkrieges stark deutsches Gepräge und beherbergte in ihren Mauern eine große Anzahl Beamten und eine mächtige Militärorganisation; nach der Rückkehr zum Vaterlande wirft Bromberg jedoch schnell die deutsche Tünche ab, wandelt sich in eine Stadt mit ungeheurem polnischen Übergewicht und erhält damit erst ihr eigentliches Gesicht als Stadt mit über 100 000 Einwohnern und als wichtiges polnisches Wirtschaftszentrum der Westgebiete wieder. Im ersten Jahrzehnt der Unabhängigkeit Polens entwickelt sich Bromberg sehr rasch. Es entstehen hier eine Reihe von neuen industriellen und Handelsniederlassungen, die einheimische Bürgerschaft legt eine ausgezeichnete Prüfung ihrer Fähigkeiten, Initiative und ihres Arbeitseifers ab, indem sie mit einem regionalen wirtschaftlichen Wiederaufbau des Staates beginnt.

Bei der territorialen und verwaltungsmäßigen Aufteilung wurde Bromberg trotz seiner Größe und wirtschaftlichen Bedeutung, trotz des Umstandes, daß es ein wichtiges Verkehrszentrum zwischen dem südlichen Polen und unserem Ausgang zum Meere ist, nicht Woiwodschaftsstadt, sondern mußte dieses Privileg mit bedeutendem Verlust für sich selbst dem nahe gelegenen Thorn abtreten, um selbst nur Kreisstadt, wengiglich wohl eine der größten in Polen, zu bleiben.

Die Wirtschaftskrise und der langjährige polnisch-deutsche Zollkrieg wirkten sich auf die weitere Entwicklung der Stadt sehr nachteilig aus. Der Zusammenbruch der Wirtschaftskontunktur, die mehrere Jahre hindurch nicht koordinierten Handelsbeziehungen zum Deutschen Reich haben die bisherigen Absatzwege der industriellen Erzeugnisse Brombergs gesperrt und hatten eine fortlaufende Außerbetriebsetzung zahlreicher Privatsägewerke, die auf die Versorgung des deutschen Marktes eingestellt waren, zur Folge. Eine Reihe von Fabriken wurde stillgelegt, eine größere Anzahl kleinindustrieller Anlagen und Handelsniederlassungen zeriet in Finanzschwierigkeiten, die Zahl der Arbeitslosen nahm bedeutenden Umfang an. Wenn in letzter Zeit im Gebiete der Stadt Bromberg eine gewisse Entspannung der Krise zu beobachten ist, so ist das ein Verdienst sowohl bürgerlich-wirtschaftlicher Faktoren, die mit großer Energie jede Arbeitsstätte zu erhalten versuchen, als auch der staatlichen und Selbstverwaltungsstellen, welche der schweren Lage der Bromberger Bevölkerung durch Organisation entsprechender Arbeiten und durch direkte Hilfeleistung für die Arbeitslosen abzuhelfen bemüht sind.

Schon seit einer Reihe von Jahren sind Bestrebungen im Gange, Bromberg der Woiwodschaft Pommerellen anzugliedern, um damit alle Faktoren verwaltungstechnischer und wirtschaftlicher Art dieser Stadt mit Pommerellen in Einklang zu bringen.“

Zus allen Artikeln obne Ausnahme geht die außerordentlich schwierige Lage Brombergs hervor, die besonders durch zwei Umstände bedingt wurde. Es ist dies neben der durch die Abtrennung vom Reich notwendigen und recht schwierigen allgemeinen Umstellung des gesamten Wirtschaftslebens, 1. der deutsch-polnische Zollkrieg und 2. die administrative Reglementierung des früheren preußischen Leihgebietes. Indem Bromberg aus dem Gebiet der Woiwodschaft Pommerellen gelöst und zur Woiwodschaft Posen geschlossen und an Stelle von Bromberg nunmehr

Thorn Wojewodschaftsstadt wurde, verlor Bromberg alle größeren staatlichen und wirtschaftlichen Zentren und Organisationen und mit ihnen eine wirksame kaufmännische Kundschaft. Die Folgen sollen zum Teil katastrophal sein. Trotzdem spricht aber auch aus allen Artikeln die feste Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Diese beiden Momente bilden auch den Inhalt des einleitenden Artikels des Bromberger Stadtpräsidenten: „Wir schauen voll Hoffnung in die Zukunft.“

„Wenn ich über die aktuellen Probleme Brombergs als einer Stadt von außerordentlichem Entwicklungsdrang sprechen soll, so muß ich bedauerlicherweise gleich zu Anfang feststellen, daß infolge der Liquidierung eine Reihe von Staatsämtern und Instituten sich um Bromberg herum eine solche pessimistische Stimmung verbreitet, daß Bromberg in den letzten Jahren völlig unverändert in den Ruf einer „verfallenen“ Stadt gekommen ist.

Wenn infolge der Übergang Brombergs bei der Zuerteilung gewisser Staatsbehörden der zweiten Instanz und infolge der Liquidierung der Bromberger Industrie- und Handelskammer in dem unmittelbar betroffenen Kreise Alarm geschlagen wurde, der diese Anordnungen der Zentralbehörden der „Liquidation“ Brombergs ziele, so muß das als Ausdruck der Überzeugung der Bromberger angesehen werden, daß die erlassenen Verordnungen der Behörden nicht in hinreichendem Maße der Bedeutung Brombergs als Wirtschafts- und Kulturzentrum Rechnung getragen hat, sowie als Ausdruck enttäuschter Hoffnungen, zu denen die Bromberger Bevölkerung infolge der hoffnungsvollen Aussicht auf eine bessere Zukunft nach der erlangten Freiheit berechtigt war.

Der Verlust einiger 100 Familien, die ihre Existenz auf das Vorhandensein dieser Behörden stützten, bedeutete einen zweifellos sehr empfindlichen Schlag für eine ganze Reihe von Unternehmungen, die auf die Konsumdeckung der Beamtenkreise eingestellt waren, genau so, wie schon die Reduktion der Behörden und Institute selbst niederdrückend auf die Handels- und Industrieunternehmungen wirken mußte, für welche diese Behörden bedeutende Verkehrs-, organisatorische und andere Erleichterungen mehr brachten. Wenn wir die Ansicht breiter Kreise unserer Bevölkerung über diese „Ungerechtigkeiten“ auf die Bromberger Institutionen hören, so muß man feststellen, daß aus ihnen eine Verbitterung spricht, die in Vorwürfen gegen die Zentralbehörden kulminiert, weil diese Bromberg so steifmützlich behandelt haben und sich auch gegen die städtischen Behörden richten, welche angeblich die Interessen der Stadt nicht genügend wahrnehmen.

Solange die Frage der endgültigen administrativen Aufteilung unseres Staates nicht geregelt sein wird, wird das Gespenst weiterer Reduktionen nicht aufhören, die Bromberger Bevölkerung zu beunruhigen und nur noch Öl ins Feuer gießen, umso mehr, wenn man die allgemeine Gerechtigkeit infolge der langandauernden Wirtschaftskrise in Betracht zieht. Die Wirklichkeit straft jedoch diese einseitigen Gerüchte, die um Bromberg kreisen, Lügen. Wer sich in den Lebensfragen Brombergs auskennt, dem wird auf den ersten Blick auffallen, daß Bromberg gerade in den letzten Jahren einen unaufhaltsamen Entwicklungsdrang zeigt. Der Stillstand in Handel und Industrie, der die allgemeine Wirtschaftskrise kennzeichnet, traf auch Bromberg. Doch sind diese Momente konjunktureller Natur, ohne nachteiligen Einfluß auf die Entwicklung Brombergs und die Tatsache, daß eine Stadt von 123 000 Einwohnern auf der Landkarte nur als Kreisstadt eingezeichnet ist, stellt gegenüber den ausgesprochenen Entwicklungstendenzen Brombergs gewissermaßen ein Kuriosum dar.“

In Hand von statistischen Angaben will der Stadtpräsident die Fortentwicklung der Stadt trotz aller Einflüsse wirtschaftlicher und politischer Art zum Ausdruck bringen. Als Grundlage nimmt er die folgenden drei Faktoren, „die für die Größe einer Stadt entscheidend sind“: die Straßenbreite, Bevölkerungszahl und die Bebauung.

Während im Jahre 1920, im Augenblicke der Angliederung an Polen, Bromberg eine Straße von 1330 ha gehabt habe, umfaßt

das Stadtgebiet heute 6658 ha und reiche damit an das bevölkerungsmäßig mehr als doppelt so große Posen heran. Die Einwohnerzahl sei in der gleichen Zeit von 89 000 auf 123 000 angewachsen. Am charakteristischsten sei jedoch der Ausbau der Stadt. Es seien allein in den Jahren 1926—33 in Bromberg 1613 neue Häuser errichtet und allein im Jahre 1933 374 neue Hausbauten in Angriff genommen worden.

Hand in Hand damit gebe ein weiterer Ausbau des Straßennetzes, des Wasserleitungs- und Kanalisations-, des Gas- und Elektrizitätsnetzes. Dabei habe die staatliche Bauweise der ersten Jahre nach der Rückkehr zu Polen einen Planmäßigkeit nach den von den Behörden bearbeiteten Richtlinien Pfing gemacht, besonders weitgehend sei die Pautätigkeit von der Landeswirtschaftsbank unterstützt worden, die für diesen Zweck Kredite in der Gesamthöhe von 5 700 000.— Stof erteilt habe.

Die Lage Brombergs sei infolge seiner natürlichen und sonstigen günstigen Bedingungen („Verkehrswege und Abnahmmöglichkeiten“) noch keineswegs als verzweifelt anzusehen. Mit dem Augenblick eines Konjunkturaufstieges in Wirtschaft und Handel könne auch mit einer Verbesserung der allgemeinen Lage der Bevölkerung gerechnet werden. Dabei habe auch die Stadterweiterung ihre Politik besonders auf die industriellen Interessen der Stadt gerichtet. „Die vorhandenen Produktionswerkstätten und Fabriken, über die Bromberg verfügt, sind riesenhaft und wenn die Verhältnisse eine Inbetriebnahme nur der Hälfte der heute untätig dastehenden Fabriken ermöglichen werden, so wird für Bromberg eine neue Entwicklungssära anbrechen.“ (Vom Verfasser gesperrt.)

Recht optimistisch sieht die Gegenwart und Zukunft Brombergs der Referent der Industrie- und Handelskammer in Öbgingen, K. Stobiecki. Man könnte der Ansicht sein, daß Verfasser die wirklichen Verhältnisse aus allzu großer Entfernung sieht und beurteilt. Nach seiner Überzeugung sei der wirtschaftliche Umwandlungs- und Anpassungsprozeß Brombergs an die neuen Verhältnisse im wiedererstandenen Polen im großen ganzen schon beendet. Obgleich habe sich der Zollkrieg und die Krise sehr nachteilig ausgewirkt und manche schweren Opfer gefordert. Es liege jedoch an die Stelle und neben die früheren Ansehens eine große Anzahl neuer Werkstätten und Handelsinstitute getreten, die alle Aussicht einer guten Entwicklung bätten, „sofern nur die Unternehmer das nötige Gewicht auf die Verbreitung ihrer Erzeugnisse über ganz Polen legen werden und gleichzeitig die maßgeblichen Stellen ihnen sorgfältige Unterstützung angedeihen lassen werden.“

Uneingeschränkt in der Bedeutung, wieweilich in Absoluten Zahlen etwas geringer als früher, sei Bromberg — nach Ansicht des Direktors der Getreide- und Warenbörsen in Bromberg M. Wójcicki — als Mittelpunkt des Handels mit Erdfrüchten gebildet. Im Augenblick bilde der Getreidehandel eines der lebhaftesten Elemente für die städtische Kaufmannschaft. Als natürliche und tatsächliche Metropole des Wirtschaftsebens Pommerellens und der Westgebiete habe Bromberg bei sich die meisten Großhandelsniederlassungen des Handels mit Erdfrüchten konzentriert.

„Die Westgebiete kann man in zwei verschiedene Wirtschaftsorganismen gliedern, wovon der erstere das Gebiet der Wojewodschaft Posen und der zweite Pommerellen und das Netzgebiet umfaßt. Diese Einteilung stimmt zurzeit zwar nicht mit der verwaltungsmäßigen Gliederung überein, trotzdem ist er aber tatsächlich vorhanden und soll in der nächsten Zeit auch durch eine Änderung der Wojewodschaftsgrenzen bestätigt werden (Von uns gesperrt, Red.). Diese beiden westlichen Gebiete bilden die größte Konzentration der Erzeugung von Getreide und anderen Erdfrüchten.“

Diese Tatsache gebe deutlich aus der Höhe der Börsenumsätze in diesen beiden Gebieten im Vergleich zu anderen Gegenden Polens und aus dem Umfang der Ausfuhr hervor. So hätten die Umsätze der beiden westlichen Börsen in der Getreidekampagne 1933—

1934 55 % der Gesamtumfänge aller polnischen Waren betragen. Im Verhältnis zu den an allen polnischen Waren insgesamt geltenden Umsätzen siehe der der Bromberger Getreidebörse mit rund 16 % an dritter Stelle in Polen.

Charakteristisch für den biesigen Getreidehandel seien die großen kaufmännischen Fähigkeiten und die große finanzielle Selbstständigkeit. Ein bedeutendes Prozenzfuß der Getreidefirmen sei nämlich in der Lage, ausschließlich mit eigenen Mitteln zu arbeiten, wodurch sie die Rentabilität ihrer Unternehmungen zu steigern vermöchten. Dagegen hätten vor allem die Genossenschaften mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen, da ein bedeutender Teil ihrer Kapitalien eingetroffen sei. Verhältnismäßig stark vertreten sei der sich in Händen deutscher Privatpersonen und deutscher Genossenschaften befindende Getreidehandel. Der Rest der polnischen Kaufmannschaft übernehme jedoch.

Hauptausfuhrartikel sei vor allem Getreide und dann weiterhin: Roggen, Weizen, Hülsenfrüchte, Wehl, Kartoffeln u. a. m. Die Rentabilität des Exporthandels werde durch den Wasserverkehr stark gesteigert. Knotenpunkt dieses Verkehrs sei der Bromberger Hafen.

Eine Schwierigkeit für den Getreidehandel sowohl dieser Gebiete wie überhaupt des ganzen Landes sei die ungenügende Menge verfahrbarer Getreidepfeiler. Dies beschränke sich vor allem auf den Danziger Hafen, der in Zeiten starken Angebots nach der Ernte und leibhaftiger Umsätze schnell überfüllt sei. Dies habe eine unnötige Senkung und vor allem eine rasche Preislenkung zur Folge. In diesem Zusammenhang müßte immer wieder auf die Notwendigkeit der Errichtung neuzeitlicher Silos im Obdginer Hafen hingewiesen werden.

Zußerordentlich schwierig sei — nach den Ausführungen des Vorstehenden der Kaufmannsvereinigung in Bromberg und gleichzeitigen Direktors des Bromberger Warenkaufes M. Marciszewski — die Lage der Zertifikat- und Konfektionsbrände. Hierbei müßte vor allem auf die traurigen Folgen der Liquidation und Fortsetzung der Behörden der zweiten Instanz für das biesige Wirtschaftsleben hingewiesen werden.

„Unsere Stadt, die einer der besten Verkehrspunkte ist, verliert an Bedeutung und verdient unbedingt größere Beachtung, sei es auch bloß mit Rücksicht auf die beachtliche Einwohnerzahl von 120 000. Die finanzielle Lage der Bevölkerung verschlechtert sich dauernd und der einzelne bedeutendere Kunde bleibt . . . der Besamte.“

Die Zertifikatsbrände entsäße sich und äreite nach einer starken Preisregulierung sehr normal. Eine große Gefahr für den offenen Handel sei der anonyme (hauereier) Handel. Ohne Steuern zu zahlen und ohne gefaßt zu werden, läge er seitens Kaufmannschaft und letzten Endes auch dem Staat bedeutenden Schaden zu. Schließlich müßte noch betont werden, daß die von den Reisebüros organisierten billigen Fahrten nach den größeren industriellen Zentren, wie z. B. Opatów mit noch den inreichen Zielen, unmittelbar bei den Fabriken Einkehr zu tätigen, auf eine energische Protestaktion des organisierten Handels stoßen würden. Die Kaufmannschaft werde rüchschloß diejenigen Fabriken lokalisieren, die ihre Erzeugnisse direkt an den Konsumanten und solche Zustellnehmer abgeben werden.

Die Bedeutung „Brombergs als „Hufbahnen“, wie überhaupt als Zentrum und Umschlagort für Holz als der weitaus wichtigsten Transportware habe, wie der Direktor des „Klub Wodgost“, M. Marciszewski, in seinem Artikel betont, mit der Schaffung der deutsch-polnischen Grenze zu schwinden begonnen.

„und sank schließlich bis auf Null. Trotzdem spielt Bromberg auch heute noch im Warenverkehr zu Wasser eine recht beachtliche Rolle. Dies beweist die folgende Zusammenstellung der von Bromberg nach beiden Richtungen, sowohl zur Oder wie zur Weichsel, beförderten Warenmenge in zu: 1928 — 180 283, 1929 — 109 088, 1930 — 129 161, 1931 — 109 367, 1932 — 97 320, 1933 — 143 848.

Den Warenverkehr auf dem Wasser in der Einfuhr nach und der Ausfuhr von Bromberg zeigen die folgenden Zahlen, von denen die erste Zahl die Einfuhr und die eingeklammerte

Zahl die Ausfuhr bedeutet: 1928 — 68 716 (12 286), 1929 — 17 299 (10 251), 1930 — 1 707 (10 976), 1931 — 2 741 (26 908), 1932 — 12 824 (30 972), 1933 — 1 299 (23 843).

Diese Zahlen in Gegenüberstellung zu den Zahlen von vor dem Kriege beweisen einen gewissen Stillstand auf den Wasserwegen des Bromberger-Netzgebietes. In Bromberg selbst und in Karlsdorf ist die Um- und Ausladung katastrophal zurückgegangen. Eine große Unterstützung für die Aufrechterhaltung des Bromberger Flußhafens wäre die Schaffung von ermäßigten Spezialtarifen für die Zufuhr von Exportmassengütern, die dann auf dem Wasserwege nach Danzig und Gdingen gebracht werden könnten. Ermäßigte Tarife mit einem Radius von 200 km für Waren, die für den Export bestimmt sind, wie z. B. Getreide, könnten die Bedeutung von Karlsdorf und damit von Bromberg als Binnenhafen bedeutend steigern.“

Anerkannt müßte werden, daß von Seiten der Regierung sehr viel getan werde, um die Bedeutung Brombergs als Binnenhafen nicht nur zu erhalten, sondern sogar zu steigern.

„Um der Schifffahrt ein bestimmtes Tiefgangminimum zu sichern, führt die Regierung seit mehreren Jahren eine Verteilung der Weichsel durch. Als bester Beweis dafür, daß die Arbeiten der Regierung auf die Verbesserung der Schifffahrtsbedingungen gerichtet sind, können die statistischen Zahlen für den Warenverkehr auf der Weichsel angeführt werden. Es wurden befördert:

Jahr	Ausfuhr nach Danzig in to	Einfuhr aus Danzig in to	Zusammen
1912	302 246	308 038	610 284
1913	288 827	334 623	623 450
1928	94 369	69 461	163 921
1929	132 018	31 201	163 219
1930	206 501	35 716	242 217
1931	216 225	33 758	249 983
1932	157 684	64 344	222 118
1933	285 988	91 089	377 047

Die Arbeiten der Regierung erweisen sich jedoch besonders in Zeiten großer Trockenheit als nicht ausreichend, und man müßte danach streben, eine dauernde Verkehrssteigerung von mindestens einem Meter auf der ganzen Strecke Warschau—Danzig zu erhalten. Auf diese Art könnte man die Schifffahrt vor einer langsamen aber dafür sicheren Außerbetriebsetzung bewahren.“

Von den einzelnen Industrien werden noch kurz die elektrische und die Metallindustrie behandelt. Hieron könne der elektrische Industriegebiet als einer der wohl mit am größten nach dem Kriege ausgebaut wurde, angesehen werden. Seine Entwicklung in Bromberg batiere, von kleineren und unbedeutenden Firmen abgehen, seit der Wiedereinrichtung Polens. Gleich in den ersten Jahren sei eine ganze Reihe von Niederlassungen der elektrischen Industrie entstanden, die in verhältnismäßig kurzer Zeit eine führende Stellung im Wirtschaftsleben Polens eingenommen hätten.

Zu den weitaus bedeutendsten Niederlassungen dieser Art in Bromberg gehören unbestreitbar die „Kabel Polski A.-G.“ und die „Fabrik Elektroschneider Artikel von Ingenieur St. Cizewski“. Außer diesen beiden wären noch über 20 elektrische Installationsfirmen zu nennen, die sich mit der Installierung von Kraft- und Lichtstrom sowie von Halblampen befassen.

Die „Kabel Polski A.-G.“ sei am 1. November 1920 aus der Initiative der Aktiengesellschaft Kraft und Licht und der Bank Zwagata Elekroschneider als in Polen erste Fabrik für elektrische Leitung und Kabel entstanden. Anfangs habe sich die Produktion lediglich auf die Ausführung der Staatsbestellungen, insbesondere die Leitung von Telephonkabeln für Pott und Meer, beschränken müssen, da auf dem Privatmarkt die Konkurrenz der ausländischen Firmen noch zu groß gewesen sei.

Erst als die Bevölkerung die technischen Methoden der Arbeit und die Güte der Erzeugnisse kennengelernt habe, schwand das Mißtrauen gegen die einheimische Produktion, und bereits in den Jahren 1924—1925 habe die „Kabel Polski A.-G.“ ihre ersten

Starkstromkabeln mit Hochspannung auf den Markt bringen können. In diesen und den folgenden Jahren konnten auch weitere Produktionsabteilungen in Betrieb gesetzt werden, wie die Erzeugung von Leitungen für die Inflationierung von Starkstrom sowie Kabel von niedriger und hoher Spannung. Ein Brand im Jahre 1927 vernichtete Fabrik und Magazins vollkommen. Nach dem Wiederaufbau, mit dem auch eine weitgehende Reorganisation verbunden war, wurde, um sich einer besseren technischen Erfassung bedienen zu können, die Zusammenarbeit mit der „Fellen & Gullebaum H.-G.“ in Wien aufgenommen.

Heute habe die „Kabel Polska H.-G.“ ihr Tätigkeitsgebiet um ein vielfaches erweitert. Außer den isolierten Leitungen für Kraft und Lichtstrom wüchsen auch Erdkabel mit einer Hochspannung bis zu 60 000 Volt erzeugt; weiterhin See- und Schiffskabel, Kabel für telefonische Fernverbindungen sowie die Eisenbahnstationen u. a. m.

Die andauernde Wirtschaftskrise habe sich bei diesen Unternehmungen stark ausgewirkt, so daß im vergangenen Jahre die Produktion auf rund $\frac{1}{4}$ der Erzeugung des Jahres 1928—1929, das einen Höhepunkt dargestellt habe, gefallen sei. Die Aussichten für die Zukunft könne man infolge der geplanten umfangreichen Staatsausgaben, insbesondere was den Bau eines zwischenstaatlichen Telefonnetzes betreffe, keineswegs als schlecht bezeichnen.

Die Möbelindustrie, die durch den umfangreichen Holzhandel und die Holzindustrie in Bromberg ihre natürlichen Grundlagen gefunden hätte, sei wohl einer derartigen Industriezweige, der mit am frühesten im Vergleich zur Zeit von vor dem Kriege geschrumpft sei. Nach der Rückkehr Brombergs zu Polen habe während der Inflation und in der folgenden Zeit gerade dieser Industriezweig eine starke Erweiterung erfahren, für die einer der Hauptgründe die große Anzahl der Rückwanderer aus dem Reich war, die sich in der Zeit ihrer dortigen Aufenthaltes mit der hochentwickelten Technik der weltbekannten Möbelindustrie bekannt gemacht hätten. Gerade dieser Umstand würde sich bald aus und machte sich insbesondere für die großen Firmen infolge der verheerlichen Konkurrenz bei im allgemeinen nach dem Verfall des deutschen Marktes begünstigten Absatz bemerkbar. Unter anderen Verhältnissen habe sich leider auch die über 100 Jahre alte und sehr gefähete Firma Hege zur Liquidation gezwungen gesehen.

Das in letzter Zeit beobachtete leichte Anziehen der Preise könne wohl als gleichzeitige Besserung des Marktes angesehen werden.

„Mit aller Entschiedenheit muß jedoch festgestellt werden, daß im Augenblick die schlimmste Zeit schon hinter uns liegt und die Möbelindustrie Aussicht auf eine bessere Zukunft hat, da sich der heutige normal entwickelte Absatz erhalten wird, umso mehr, als die Preise der Aufnahmefähigkeit des Mittelstandes und des Beamtenums anpassung sind.“

Wichtigste sei noch der wesentliche Inhalt der Ausführungen des Direktors der Kaufmannsvereinsvereinigungen in Bromberg — Hr. Szarek — über die verwaltungsmäßige Aufteilung und die wirtschaftliche Selbstverwaltung der Westgebiete wiederzugeben.

„Ein Problem erstrangiger Bedeutung für die Wirtschaftskreise des Netzegebietes — besonders seit dem Augenblick der Liquidierung der Bromberger Industrie- und Handelskammer und der Aufteilung ihres Gebietes auf die Posener und Gdingener Kammern — ist unbestreitbar eine entsprechende Änderung der Gebietsabgrenzung der Tätigkeit der Wojewodschaften Pommernellen und Posens. Die Frage einer Revision der Gebietsaufteilung in diesem Teile des Landes bildet schon seit einigen Jahren Objekt von Diskussionen und Bemühungen der Interessierten Faktoren.“

Der dauernde Mangel dieser Vorläufe habe schon fast zu einer Resignation von weiteren Bemühungen in dieser Richtung geführt.

„Dagegen ist die jetzige Zeit, wie niemals vorher, überaus geeignet, gemeinsame Anstrengungen in dieser Richtung zu machen. Die neue Gebietsaufteilung der wirtschaftlichen Selbst-

verwaltung in den Westgebieten, die jetzt beinahe zwei Jahre besteht, hat stark auf die Aktualisierung dieses Problems eingewirkt. Gerade in letzter Zeit auf Grund der durchgeführten Wahlen zu den Industrie- und Handelskammern in Gdingen und Posens ist die Absurdität der verwaltungsmäßigen Aufteilung des westlichen Teiles beinahe kraß zutage getreten. Solange in diesem Gebiete drei Industrie- und Handelskammern bestanden, konnte man vielleicht irgendwelche, wenn auch wenig stichhaltige, Gegenargumente anbringen. Jetzt muß jedoch bezweifelt werden, daß sich noch ein Gegner einer entsprechenden Erledigung des besprochenen Problems finden könnte. Im Posener Wojewodschaftsamt dürfte man wohl diese doppelte Arbeit satt haben, wie sie für die Posener Behörden durch die Wahlen sowohl nach der Posener, wie nach der Gdingener Industrie- und Handelskammer entsteht. Von der anderen Seite sind wir Zeugen, wie die Pommerneller Verwaltungsbehörden, die sich eingehend mit den Wahlen befassen, gewissermaßen in ein fremdes Tätigkeitsgebiet hinein schreiten, was sehr leicht zu verschiedenen Konflikten u. a. m. auf Grund der Zuständigkeit der staatlichen Verwaltungsorgane Anlaß geben kann . . .

Der jetzige ungesunde Zustand muß schließlich eine Änderung erfahren. Die Kreise: Bromberg, Hohensalza, Schubin und Wirslitz müßten sich innerhalb der Grenzen der Wojewodschaft Pommernellen befinden. Auf diese Art würde sich dann die verwaltungsmäßige Aufteilung mit der wirtschaftlichen Selbstverwaltung des Gebietes decken, was schon allein aus statistischen Rücksichten einen großen Vorteil bedeuten würde.

Wir berühren hierbei nicht die Frage des Sitzes der Pommerneller Wojewodschaftsbehörden (Bromberg oder Thorn). Es ist dies ein zweites Moment, das, wenngleich es auch kein Hindernis für die Lösung des Gesamtirritationskomplexes sein kann, doch eine bedeutende Rolle spielt.“

[„Codzienna Gazeta Handlowa“ Nr. 260.]

Zum polnischen Meeresprogramm.

Wenn sich in Polen kaum ein Wirtschaftspröblem so großen allgemeinen Interesses erzeuge wie das der Expansion auf dem Meere, so gebe es andererseits auch nur wenige Fragen, deren Kenntnis ebenso allgemein wie ungenau sei. Daher begrüßt der Verfasser das Erscheinen des

„Jahrbuches des Rates der Interessenten des Hafens in Gdingen für 1932—1933“, das eine bedeutende Lücke in der polnischen Meeresliteratur ausfüllt.

Es behandelte ausführlich eine Reihe von Problemen, die z. T. von großer Wichtigkeit seien und die bisher freilich, die nicht direkt am Hafen interessiert waren, unbekannt und unzugänglich waren. Dies betrafte sich u. a. auf die inneren Hafenanlagen in Gdingen und die polnische Handelsflotte, sowie insbesondere auf die Hafenerweiterung, die Höhe der Hafengebühren, der Arbeitslöhne u. a. m.

Gerade diese Fragen seien es aber, die darüber entscheiden könnten, welchen Weg und Hafen die Ware bei der Ein- bzw. Ausfuhr und besonders auch beim Transit wählen solle.

Was den Hafen in Gdingen betreffe, so seien die Jahre 1927—1932 eine Zeit der technischen Ausgestaltung vor allem hinsichtlich der Verladeeinrichtungen für Massengüter in der Ausfuhrrichtung gewesen. Der Hafenerwerb lege diese Einseitigkeit des Ausfuhr- und Rohstoffcharakters immer mehr ab und umfasse in zunehmendem Maße auch wertvollere Waren, die eine speziellere Struktur der technischen und wirtschaftlichen Hafenanlagen erforderlich machten.

Auf diese Probleme, die der Verfall des Arithetis mit als die wichtigsten für die zukünftige Entwicklung anzusehen und deren wesentlicher Inhalt hier kurz wiederzugeben sei, geht er dann noch eingehender ein.

Verfaßt geht von der Verteilung des polnischen Gesamtwarenerwerbs über polnische und fremde Häfen, nach der Richtung unterschieden, aus und stellt für das Jahr 1933 folgendes Verhältnis fest:

Polnischer Warenverkehr:	Gewicht		Wert	
	fremde Häfen	polnische Häfen	fremde Häfen	polnische Häfen
mit europäischen See- staaten	0,8%	99,2%	5,6%	94,4%
mit außereuropäischen Ländern	7,2%	92,8%	14,1%	85,9%

Der Verfasser weist im Anschluß hieran auf den Umstand hin, daß die polnischen Häfen (Gdingen und Danzig) wohl den weitesten Anteil am Warenverkehr hätten, daß aber über die fremden Häfen vor allem die wertvolleren Produkte befördert würden.

„Eine genauere Untersuchung dieses Problems vom Standpunkt der Ein- und Ausfuhr zeigt, daß insoweit als im Verkehr mit den Seestaaten Europas ein verhältnismäßig höherer Teil der Waren über fremde Häfen bei der Einfuhr nach Polen geht, so ist im Verkehr mit den außereuropäischen Staaten das Gegenteil der Fall: gerade die Ausfuhr aus Polen geht sowohl gewichtsmäßig wie in noch stärkerem Maße vor allem wertmäßig (40,2 % des Wertes der Gesamtausfuhr über Häfen) über fremde Häfen.“

Sehe man von den für mehrere polnische Ausfuhrwaren günstiger gelegenen Schwarzmeerehäfen ab, so gehen über fremde Häfen des nördlichen Europa rund 82 % des Gewichtes der polnischen außereuropäischen Ausfuhr und rund 34 % ihres Wertes.

Nehme man weiterhin (allerdings auf Grund recht ungenauer Angaben) den Vergleich des Transitverkehrs aus dem Norden Europas über die nordeuropäischen und polnischen Häfen nach dem Süden und Südosten, insbesondere den Donauraum-Ländern, und andererseits aus diesen Ländern nach den skandinavischen Staaten, Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Nordamerika und lege diese Verkehr gleich 100, so würde man ungefähr folgendes Bild der Verteilung des Verkehrs auf die wichtigsten Häfen erhalten:

	bei nord- europäischen Häfen	Hamburg	Stettin	Ant- werpen	Rotter- dam	Danzig und Gdingen
Export nach Russland, Schiffloszahl aus Gdingen	100	35—40 %	30—35 %	10—15 %	15—20 %	5—10 %
Export aus Russland, Schiffloszahl aus Gdingen	100	25—30 %	25—30 %	3—5 %	10—15 %	20—30 %

Diese Verhältnisse zeigen bezogen sich natürlich auf die Gewichtsmengen. Betrachte man die Art der beförderten Waren, so werde man feststellen, daß mengenmäßig wohl die polnischen Häfen in der Ausfuhr ungefähr an Hamburg oder Stettin herantreten, daß aber qualitativ über diese beiden Häfen in überlegenem Maße Spezialprodukte und damit also wertvolle Güter gingen, während über die beiden polnischen Häfen vor allem die wertvolleren Massengüter befördert würden.

Die Gründe dafür liegen einerseits in dem bisher ungenügenden Netze der regelmäßigen Verbindungen der polnischen Häfen mit anderen nordeuropäischen Häfen, andererseits jedoch in einer Reihe von Mängeln nicht nur der Handelsorganisation in den polnischen Häfen, also in ungenügend ausgebauten Speditionsförmern der Häfen, der Handelsvermittlung und einer Reihe nebensächlicher Hafeneinrichtungen — sondern auch auf dem Gebiete der polnischen Hafengebühren.“

Von diesen Mängeln sind nach Ansicht des Verfassers besonders drei zu nennen, deren Hebung wohl die polnischen Häfen für die Entwicklung der polnischen Häfen sein könnte.

In erster Linie sei es das Problem der regelmäßigen Schiffsverbindungen, Gdingen und Danzig zusammengekommen befinden nämlich um $\frac{1}{2}$ weniger regelmäßige Liniendienste als Stettin und über 5 mal weniger als Hamburg. Diese

Zatsache allein sei nicht entscheidend. Hinzukomme, daß die Häufigkeit der Verbindungen mit denjenigen Häfen, mit denen überhaupt Verbindungen bestehen, eine überaus geringe sei. So besäßen Danzig und Gdingen selbst mit den schwedischen und dänischen Häfen keine häufigere Verbindung als einmal in zwei Wochen, während vergleichsweise die Verbindungen mit außereuropäischen Häfen um durchschnittlich 10—15 mal seltener seien, als sie Hamburg besäße. Hiern liegt aber der hauptsächlichste Grund dafür, weshalb die polnische Ausfuhr nach den außereuropäischen Ländern in so bedeutendem Maße über die konkurrierenden nordeuropäischen Häfen gehe. Die schnellere Beförderungsmöglichkeit werde also hier entscheidend sein. Dabei gelange man allerdings zu einem gewissen Widerspruch, denn eine Verbesserung der Verkehrsbedingungen würde unweigerlich für die regelmäßigen Liniendienste größere Verluste zur Folge haben, nimmt also für längere Zeit jede Aussicht auf Rentabilität. Es bleibe somit lediglich die Möglichkeit übrig, durch Kosten senkung und Transportverbesserung den Warenverkehr an die polnischen Häfen heranzuziehen und damit eine Rentabilität der regelmäßigen Liniendienste zu erzielen.

„Eine zweite bedeutsame Schwäche unserer beiden Häfen, besonders jedoch Gdingens, ist das Fehlen einer entsprechend verzweigten Speditionsfirmaorganisation, vor allem das Fehlen solcher Speditionsfirmen, die von sich aus den Transport der Waren von den Versendern zu den Empfängern organisieren könnten. Es bestehen zwar, besonders in Danzig, mehrere internationale Speditionsfirmen, die Vertretungen ihrer Organisation in einer Reihe anderer Häfen haben; von großer Bedeutung ist jedoch gerade bei der Organisation des Speditionswesens die Forderung der Gründung von internationalen Speditionsfirmen, die ihre Zentrale in den polnischen Häfen besitzen.“

Diese könnten dann u. a. weitgehend zur Verbesserung des Transitverkehrs über die polnischen Häfen beitragen.

Als weiteres unvollkommenes Element der polnischen Häfen sei ihre außerordentlich schwache Stellung als Sammelpunkte des internationalen Handels, Danzig, ganz besonders aber Gdingen, seien nur in Ausnahmefällen Verteilungspunkten für die an die einzelnen Großhändler weiter zu befördernden Waren und besäßen auch keine internationalen Kaufmannsorganisationen, die die Waren in großen Mengen einkaufen könnten, um sie in der Folge in kleineren Partien weiter zu veräußern.

„Auf Grund dieser Tatsachen treten zwei für die Verbesserung dieser Verhältnisse unumgängliche Momente der zukünftigen polnischen Meerespolitik hervor. Einerseits das Bestreben zur direkten Beseitigung der organisatorischen Mängel, und andererseits zum Ausgleich der organisatorischen Mängel durch die Billigkeit der Fracht.“

Nach den gemachten Ausführungen müßte das Programm der polnischen Meerespolitik zwei grundsätzliche Faktoren enthalten:

„Soweit als irgend mögliche Senkung des Standes der Hafengebühren und anderer in Frage kommender Gebühren sowie die Bemühung um die Entwicklung ausländischer Niederlassungen polnischer Speditionsfirmen, wie auch die Konzentrierung von internationalen Handelsniederlassungen in Gdingen. Vor allem auf diesem Gebiete ist noch ungeheuer viel zu tun. Für jeden Fall ist es unmöglich, das bisher Erreichte als Endergebnis anzusehen. Die polnischen Häfen haben im ganzen erst die eine Hälfte des Programms ausgeführt; vor allem die technische Hälfte. Die zweite Hälfte liegt noch in bedeutendem Maße unbenutzt da.“

[Przeegląd Gospodarczy, Heft 23, vom 1. 12. 1934.]

Entwicklung des Genossenschaftswesens in Westpolen.

Am 22. und 23. Oktober d. J. fand in Posen die jährliche Tagung des polnischen Genossenschaftsbundes Westpolens statt, die eine überaus starke Beteiligung zeigte. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß man gemäß den auf der vorigjährigen Tagung gefaßten Beschlüssen und gegebenen Richtlinien im letzten Jahre die Kontrolle über die Tätigkeit der einzelnen Genossenschaften zum Zwecke der besseren Anpassung ihrer Tätigkeit an die ver-

änderten Anforderungen der neuesten Zeit verschärft und die Hauptarbeit auf die Erhaltung des bisherigen Vermögens durch Gesabung der Wirtschaftslage in den einzelnen Genossenschaften gerichtet habe. Der Erfolg sei denn auch nicht ausgeblieben. Es lasse sich im allgemeinen feststellen, daß diejenigen Genossenschaften, die den angegebenen Richtlinien entsprechend gehandelt und auf ihrem eigenen Gebiete das Deflationsprogramm durchgeführt hätten, bereits das Gleichgewicht wieder hergestellt hätten und läßt normal arbeiten könnten. In einigen Fällen habe man nach einem vorübergehenden Rückgang des Umsatzes die Tätigkeit wieder erweitern können.

Die Zahl der Verbandsgenossenschaften zusammen mit den beiden im Danziger Gebiet gelegenen betrage zum Schluß des Berichtsjahres 480, also um 9 weniger als im Vorjahre.

Eine Einteilung der Verbandsgenossenschaften nach den verschiedenen Typen ergebe für die letzten Jahre folgendes Bild:

Art der Genossenschaft	1933	1932	1931
Kredit-G.	250	250	251
Landwirtschaftliche Handels-G.	75	73	73
Molkerei-G.	54	56	53
Andere landwirtschaftliche			
Verwertungsgenossenschaften	11	11	11
Konsumgenossenschaften	21	22	23
Wohn- und Bau-G.	35	38	35
Handwerks-G.	14	15	15
Industrie-G.	3	3	3
Handels-G.	7	7	7
verschiedene andere	14	14	14
Zusammen	480	489	485

„In das Jahr 1933 gingen 489 Genossenschaften über, im Verlauf des Jahres wurden 12 von ihnen gestrichen, während 3 Kreditgenossenschaften in den Verband aufgenommen wurden. Die Gesamtzahl der Verbandsgenossenschaften ist also im Jahre 1933 um 9 zurückgegangen.“

Die Genossenschaften verteilen sich auf die einzelnen Wojewodschaften wie folgt: Posen 335 (34,1), Pommerellen 110 (11,4) und Schlesien 33 (3,2). Zwei Genossenschaften haben ihren Sitz im Gebiet der Freien Stadt Danzig.

Die Gesamtmitgliederzahl in den Verbandsgenossenschaften betrug zu Beginn des Berichtsjahres 246 121 und zum Jahreschluß 237 665. Die Abnahme betrug also 8 456 gegenüber 12 600 im Jahre 1932. Die größte Mitgliederabnahme hatten die Kreditgenossenschaften (8 082) und die Landwirtschaftlichen Handelsgenossenschaften (1 279) zu verzeichnen. Eine Zunahme der Mitgliederzahl wurde bei den Molkerei-, Lebensmittel- und den verschiedenen anderen Genossenschaften festgestellt. Auf die einzelnen Gruppen entfielen an Mitgliedern: Kreditgenossenschaften 148 503, Lebensmittelgenossenschaften 60 233, Landwirtschaftliche Handels-G. 10 345, Städtische Handels-G. 8 341, Molkerei-G. 3 692, Wohn- und Bau-G. 3 314, Handwerks-G. 702, andere Landwirtschaftliche Verarbeitungs-G. 548, Industrie-G. 210, verschiedene 1 729.“

Die wirtschaftliche Tätigkeit der Verbandsgenossenschaften habe im letzten Jahre denselben Umanwandlungs- und Liquidationsprozeß durchmachen müssen wie das gesamte Wirtschaftsleben. Daher sei auch ein weiterer Umsatzzugang in allen Genossenschaftsgruppen zu verzeichnen gewesen, wiewohl dieser Rückgang bedeutend geringeren Umfang erreichte habe als im Jahre 1932. Ähnlich wie in den Sparkassen habe bei den Kreditgenossenschaften ein starker Abfluß von Fremd- und Einlagekapital sowie von Bankkrediten stattgefunden, was die Genossenschaften zwingen habe, Kreditrestriktionen in Anwendung zu bringen.

Die Zahl der Sparbücher in den Kreditgenossenschaften sei von 81 918 mit einer Gesamtsumme von 47 428 000 Zloty zu We-

ginn des Jahres auf 80 423 Sparbücher, die über eine Einlage-summe von 44 727 002 Zloty zum Schluß des Berichtsjahres laute-n, zurückgegangen. Der Rückgang der Sparanlagen habe somit im Jahre 1933 die Summe von 2 700 000 Zloty erreicht im Gegen-satz zu 9 061 000 Zloty im Jahre 1932.

Die Abnahme der gesamten fremden Gelder, d. h. der Einlagen und Bankkredite, habe im Jahre 1933 im Vergleich zum Stande von Ende 1930 die Summe von 28 696 000 Zloty erreicht, während diese Summe Ende 1932 nur 6 438 000 Zloty betragen habe.

„Die Landwirtschaftlichen Handelsgenossenschaften. Am 1. Juli 1933 gehörten zum Ver-bande 73 Genossenschaften mit 23 Filialen dieser Art, Davon entfielen auf die Wojewodschaft Posen 56 Genossenschaften und 19 Filialen, auf Pommerellen 17 Genossenschaften und 4 Filialen. Diese Zahl sei im Vergleich zum Vorjahre unver-ändert geblieben. Wie aus der Gesamtbilanz der „Landwirte“ („Rolnik“) für das letzte Jahrfrucht hervorgeht, verringerten sich im Berichtsjahre gegenüber dem Jahre 1928—1929: Bar-mittel und Warenvorräte um 84 %, die erteilten Kredite um 59 %, die aufgenommenen Kredite um 57 %, infolge der Ver-luste verringerte sich die Summe der Anteile um 53 % und die des Reservefonds um 48 %.“

Trotz der immer noch zunehmenden Arbeitsschwierigkeiten ist das Ergebnis der Handelstätigkeit dieser Genossenschaften im Berichtsjahre als befriedigend anzusehen. Der Umsatz ver-ringerte sich zwar im Vergleich zum Vorjahre um 17 %, er-reichte jedoch immer noch die beachtliche Ziffer von 280 295 to. Der allgemeine Umsatz betrug 41 167 000 Zloty gegenüber 56 024 000 Zloty im Jahre 1932, hatte also eine Abnahme von 26,5 %.

Molkereigenossenschaften, die dem Verband angehörten, gab es Ende 1933 zusammen 54, davon im Posen-schen 37, in Pommerellen 16 und in Schlesien 1. Die Zahl der Molkereigenossenschaften ging im Berichtsjahre um 2 zurück, d. h. Konkurs angemeldet hatten.

Die gesamte Milchlieferung verringerte sich um 108 762 000 kg auf 96 984 000 kg. . . Das Umsatzkapital (Bilanzsumme) der Verbandsmolkereien ging im Berichtsjahr um 612 000 Zloty auf 7 072 522 Zloty zurück. Im allgemeinen brachte das Jahr 1933 für das westpolnische Molkereiwesen keine grundsätz-liche Verbesserung der Verhältnisse. Selbst ein gewisses An-wachsen des Butterexportes nach dem Deutschen Reiche hatte keine größere Rentabilität zur Folge.“

In den Landwirtschaftlichen Verwertungsgenossenschaften ver-ringerten sich, soweit es die Brennereien angeht, die Umsätze um 32 % infolge der Verringerung der Spiritusankaufkontingente durch das Staatliche Spiritusmonopol. Die Wirtschaftsführung in den etwas verfallenen Genossenschaften sei deshalb und infolge des niedrigen ansehablichen Preises für Spiritus sehr erdornert gewesen, so daß mehrere Brennereien sich mit dem Gedanken der Liquidation getragen hätten.

„Das Umsatzkapital bzw. die gesamte Bilanzsumme aller Verbandsgenossenschaften betrug am 1. 12. 1933 185 167 177 Zloty. Im Jahre 1933 gingen die Umsatzkapitalen um 16,6 Millionen Zloty oder um 8,2 % zurück gegenüber 36,2 Millionen Zloty oder 15,1 % im Jahre 1932.“

Die eigenen Kapitalien der Verbandsgenossenschaften, d. s. die Anteile der Mitglieder und des Reservefonds, betragen zum Schluß des Berichtsjahres 45 684 899 Zloty gegenüber 50 242 375 Zloty am Ende des vergangenen Jahres, verringerten sich also um 4 557 476 Zloty.

Der Reingewinn von allen Genossenschaften zusammen betrug im Berichtsjahre 1 607 262 Zloty gegenüber 1 768 196 Zloty im Jahre 1932. Die Verluste machten dagegen 3 743 376 Zloty gegenüber 5 976 378 Zloty im Jahre 1932 aus. Die Verlustposten in der Bilanz wiesen somit einen Rückgang von 2 233 002 Zloty aus.“

[„Dziennik Poznański“ vom 26. 10. 1934; „Słowo Po-morskie“ vom 26. 10. 1934.]